

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 36 (1960-1961)
Heft: 7

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Roth, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1074233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Daniel Roth

WELTPOLITIK BRAUCHT GEDULD

Häufig hört man jetzt in den USA: «Lieber Fehler machen, indem man etwas tut, als Fehler zu vermeiden durch Nichtstun.» Keine schlechte Lebensregel. Aber Weltpolitik braucht Geduld. Das alte Rom ist bei Cannae beinahe untergegangen, weil es vom Zaudern des Quintus Fabius Maximus genug hatte. Heute bestünde «etwas tun» für Europa und Nordamerika eher in einem «konstruktiven politischen Rückzug» als in einem Kriegsabenteuer. Auch darin kann man zu schnell vorgehen, wie Belgien im Kongo. Freilich auch zu langsam, wie Frankreich in Indochina. Und ob in Algerien nicht auch schon der günstige Zeitpunkt vorbei ist?

Etwas in der Weltpolitik tun, heißt, sie in Bewegung bringen. In der nichtkommunistischen Welt kommt es da auf das Maß an. Aber dem kommunistischen Block gegenüber gibt es keinen «konstruktiven Rückzug», nur stures Beharren oder schimpfliches Zurückweichen. In der Rußlandpolitik ist die heutige Unbeweglichkeit der Atlantischen Allianz beruhigender als die Beweglichkeit, welche aus jener stärkeren amerikanischen Führung entstünde, die viele Europäer, vorab die Deutschen, von Kennedy erhoffen.

Schon dort, wo die Amerikaner die nichtkommunistische Welt zu größeren gemeinsamen Leistungen antreiben möchten, werden sie es schwer haben, das Maß zu finden. Kennedys Afrikareisender Williams und der nach Europa geschickte Harriman wirkten wie römische Prokonsuln. Der Vorschlag des neuen Kennedy-Experten Kissinger, die taktischen Atomwaffen der vorderen NATO-Verbände einer besonderen Kommando-Organisation (ähnlich wie im Ostblock) zu unterstellen, könnte die Allianz der Vorteile eines auf Vertrauen beruhenden Bundes der Freien berauben. Gerade die Deutschen befürchten nun, ihre Bundeswehr würde durch

die Abtrennung der Atomwaffen am meisten betroffen.

Gleichheit und stärkere Führung schließen sich eben aus. Vor allem für Völker, die nicht an Team-work gewöhnt sind. In einer straffen Organisation riskieren die Deutschen, mehr gehorchen zu müssen als andere. Mehr befehlen lassen will man sie nicht mehr. Dem und der Zähmung der mit der D-Mark-Aufwertung bestätigten neuen Wirtschaftsmacht mag die neuerliche Verschlechterung der Stimmung gegenüber den Deutschen in der Welt dienen. Verkehrterweise richtet sie sich aber auch gegen den Rechtsstaat Bundesrepublik als solchen und nicht gegen die «DDR». Dabei duldet diese echtere frühere Nazi in hohen Stellungen und ist dem Unrechtsstaat Hitlers unendlich viel ähnlicher. Das Publikum, das in Genf gegen die Eishockey-Mannschaft der Bundesrepublik Partei nahm, als sie die mit Hammer und Zirkel befleckte Fahne der deutschen Demokratie nicht ehren wollte und deshalb nicht zum Spiel antrat, hat den Instinkt für die Freiheit verloren.

Mit seinem neuesten Memorandum für einen Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten spekuliert Chruschtschow geschickt auf solche Stimmungen. «Nur» die infolge des Krieges «entstandene» Lage solle «juristisch untermauert» werden. Dafür wird sogar sowjetische Konzessionsbereitschaft in Berlin angedeutet. Von den Deutschen zu verlangen, daß sie nicht nur auf Wiedervereinigung, sondern auch auf die persönliche Freiheit der Bewohner der Sowjetzone verzichten, wäre ungebührlich. Die scheinbare Fixierung der heutigen Lage wäre in Wahrheit eine Bewegung zugunsten des Kommunismus, die uns allen teuer zu stehen kommen könnte. Auch da braucht Weltpolitik Geduld.